

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit**,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal **RM. 2,50.**

### Inhalt:

	Seite		Seite
An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands	317	Kongresse. Zehnter Verbandstag der Wähler-	
Zum Stand der Wahlrechtsfrage in Preußen.	317	arbeiter	323
Wirtschaftliche Rundschau	319	Lohnbewegungen und Streiks. Streiks und Aussperrungen	324
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rundbl. V.		Mitteilungen An die Verbandsverpeditoren	324
— Aus den deutschen Gewerkschaften.	320	Hierzu: Statistische Beilage Nr. 3. Der deutsche	
		Arbeitsmarkt im Jahre 1909.	

### An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Die Aussperrung der baugewerblichen Arbeiter ist nunmehr in die sechste Woche eingetreten, ohne daß die Beendigung abzusehen ist. Es werden in der Tagespresse fortwährend Mitteilungen und Gerüchte verbreitet, die den Kampf als einen bereits im Abflauen begriffenen bezeichnen und das nahe Ende desselben in Aussicht stellen. Diese Mitteilungen sind durchaus irreführend und dürfen keineswegs als Veranlassung dazu benutzt werden, in der Solidarität gegenüber den Aussperrten zu erlahmen. Wenn die Aussperrung auch weit hinter dem vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erwarteten Umfang zurückgeblieben ist und sich große Unzufriedenheit in den Arbeitgeberreihen zeigt, so ist doch die Zahl der Aussperrten mit ihren Familien eine so außerordentlich große, daß die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft ihnen nicht entzogen werden darf. Auch die Dauer des Kampfes dürfte voraussichtlich eine längere sein, — daran vermögen vorläufig alle gelegentlichen Vermittlungsaktionen und Friedenswünsche fernstehender Kreise nicht das geringste zu ändern, solange die Bauarbeiter nicht selbst ihre unerfüllbaren Forderungen zurückziehen und den Arbeiterorganisationen Entgegenkommen beweisen.

Mit einer längeren Dauer der Aussperrung in erheblichem Umfange ist also unter allen Umständen zu rechnen. Angesichts dieser ernsten Situation müssen wir die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von neuem zu tatkräftigster finanzieller Unterstützung der Aussperrten und ihrer Familien aufrufen. Die Sammlungen dürfen nicht mit vermindertem Eifer betrieben werden und ihre Erträgnisse nicht nachlassen, sondern sie müssen nach Möglichkeit gesteigert werden, denn von den finanziellen Mitteln hängt die Dauer der Widerstandsfähigkeit der Aussperrten und damit auch ihr schließlicher Sieg in diesem Kampfe ab, den jeder organisierte Arbeiter herbeiwünschen muß.

Hinsichtlich der Organisation der Sammlungen, der Ablieferung der Gelder und der Quittierung der eingegangenen Beträge verweisen wir auf unseren ersten Aufruf.

Möge die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands zeigen, daß die aussperrten baugewerblichen Arbeiter auf ihre Unterstützung rechnen können!

**Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**

C. Legien.

### Zum Stand der Wahlrechtsfrage in Preußen.

Nachdem das preussische Herrenhaus nunmehr seine Beratungen über das Wahlrechtsprodukt des konservativ-ultramontanen Blocks des Abgeordnetenhauses abgeschlossen und die Vorlage in einigen wesentlichen Punkten verschlechtert hat, ist die letztere glücklich ihren Erzeugern derart entfremdet worden, daß sie nichts mehr mit ihr zu tun haben möchten. Das Centrum rückt von den Herrenhausbeschlüssen ab und die Konservativen können ihre Bundesgenossen nicht preisgeben, denn der neue Block ist ihnen mehr wert als die ganze Wahlrechtsreform.

Die Nationalliberalen sind zwar den Herrenhausbeschlüssen etwas freundlicher gesinnt, als denen des blauscharzen Blocks, aber sie möchten dem Centrum nicht so leicht die Verantwortung für seinen Wahlrechtsverrat abnehmen und diese auf die eigene Schulter laden. So gibt es außer Herrn v. Bethmann-Hollweg nur zwei Gruppen, die dem Herrenhausprodukt zustimmen, das ist der Centralverband deutscher Industrieller und die Gruppe der Agrarier vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“ —, bezeichnenderweise die ärgsten Reaktionen, die in ganz Preußen aufzutreiben sind. Damit sind die Herrenhausbeschlüsse und zugleich die gegenwärtige preussische Wahlrechtsreform hinlänglich charakterisiert.

Das Herrenhaus hat das Dreiklassensystem so wie die indirekte Wahl mit geheimer Stimmenabgabe bei den Urwahlen und offener Abstimmung der Wahlmänner akzeptiert. Es hat die Terminswahlen für letztere allgemein zulässig erklärt und für die Urwahlen bedeutend vergrößerte Drittungsbezirke beschlossen, wonach Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern einen einzigen Drittungsbezirk bilden, Gemeinden von 10 000 bis 30 000 Einwohnern zwei und für weitere je 20 000 Einwohner einen neuen Drittungsbezirk erhalten. Die Steuerermäßigung wurde von 10 000 bis 30 000 Mark auf 5000 bzw. 3000 Mk. „ermäßigt“, aber unter Beschränkung auf die Staatseinkommensteuer, so daß alle kommunalen Steuerzuschläge und sonstigen Steuern unberücksichtigt bleiben. Endlich hat das Herrenhaus einen sogenannten Kulturträgerparagrafen wiedereingeführt, wonach Mitglieder des Reichstags, preussischen Landtags, Landes-, Provinzial-, Kreis- und Stadtvertretungen sowie öffentliche Körperschaften in die nächsthöhere Wählerklasse aufrücken sollen.

Von diesen Beschlüssen ist vor allem die neue Drittelung der Wahlbezirke, die dem Centrum die Zustimmung unmöglich macht, denn sie legt Bresche in ihre besten Wahlkreise in Rheinland-Westfalen, wo die Wahlausichten zugunsten der Liberalen umgestaltet würden. Die Centrums-Prese ist daher einig in der strikten Ablehnung der Herrenhausbeschlüsse. Sie tut ein Uebrißes, indem sie sich als Hüterin der Volksrechte gebärdet. Nur um überhaupt etwas zustande zu bringen, habe das Centrum seine weitergehenden Wünsche zurückgestellt und selbst vor den wütenden Angriffen der linken Parteien nicht zurückgeschreckt. Aus seiner Hand sollte das preussische Volk die geheime Wahl erhalten. Was das Herrenhaus indes verlange, das könne das Centrum vor seinen Wählern nicht mehr verantworten. Auf diesen Ton ist die Centrums-Prese gestimmt und sie verfehlt ihre Wirkung auf die schwarzen Schäflein nicht, wenngleich der Weiterblickende für diese Klagen nur ein Lächeln übrig hat. In Wahrheit dürfte das Centrum herzlich froh sein, auf solche Weise mit heiler Haut aus seinem schmählichen Wahlrechtschacher herauskommen zu können, denn die preussische Wahlrechtsbewegung wirkte bereits recht bedenklich auf die schwarzen Wählermassen zurück, die schon durch die Steuerpolitik des Centrums in begreifliche Enttäuschung geraten waren, und die nächstjährigen Reichstagswahlen lassen es geraten erscheinen, das politische Gewissen nicht allzusehr mit solchen unpopulären Dingen zu belasten. Was dürfte daher willkommener sein, als die ganze Schuld an der Verschandelung der Wahlrechtsvorlage auf die bösen Liberalen abzuwälzen, um den eigenen Rücken zu decken?

Dieselben Erwägungen erschweren aber auch den Nationalliberalen die Zustimmung. Gewiß ist die Vorlage durch die Beschlüsse des Herrenhauses für sie um Vieles günstiger geworden. Der neue Drittungsbeschuß und der Kulturträgerparagraf kommen ihren Wünschen stark entgegen. Sie fordern zwar ein direktes Wahlrecht, haben aber seither nichts zur Durchsetzung dieser Forderung getan, wo sie imstande wären, sie zu verwirklichen in den Gemeinden. Aber die Verantwortung für eine Wahlrechtsreform auf der Grundlage der Herrenhausbeschlüsse wiegt schwer angesichts der Nähe der Reichstagsneuwahlen, bei denen der Liberalismus leicht mehr verlieren kann, als er jemals in Preußen zu ge-

winnen hofft. So ist denn die Meinung in nationalliberalen Kreisen eine sehr geteilte. Der „Ganßbund“ und der „Bund der Industriellen“ haben Kundgebungen veröffentlicht, wonach für sie keine Wahlrechtsreform annehmbar ist, die nicht die direkte Wahl und eine neue Wahlkreiseinteilung bringe. Demgegenüber rät der Centralverband deutscher Industrieller zur Annahme der Herrenhausbeschlüsse. Es ist natürlich schwer für die Nationalliberalen, es bei den Wahlmännern und Geldgebern rechtzumachen. Aber alles Geld des Centralverbandes deutscher Industrieller könnte ihnen das Manko an Wählerstimmen nicht ersetzen, das ihnen die Zustimmung zur Herrenhausvorlage todsicher kosten würde. Und so müssen auch sie, wohl oder übel, diesen Kelch an sich vorübergehen lassen.

Den Konservativen ist nicht nur die ganze Wahlreform höchst schnuppe, sondern ihnen wäre sicher am liebsten, wenn dieselbe gar nicht zustande käme. Sie machen nur mit, weil die Regierung sich verpflichtet hat, eine organische Reform des preussischen Wahlrechts durchzuführen, und — weil sie angesichts der umfangreichen Wahlrechtsbewegung selbst empfinden, daß etwas geschehen muß. Im übrigen sind sie in der angenehmen Lage, die Wahlreform so oder so machen zu können —, ultramontan oder liberal, wie's trifft! Sie haben die Wahl zwischen zwei Mehrheiten, einer schwarzblauen, wenn sie an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses festhalten, und einer blaugelben mit den Liberalen, wenn sie die Herrenhausbeschlüsse akzeptieren. Der Pakt mit dem Centrum ist ihnen sicherlich mehr wert, als die Herrenhausbeschlüsse, deshalb ist auch ihre Neigung zu letzteren eine recht geringe. Aber zur Not käme auch ein neuer Pakt mit den Freikonservativen und Nationalliberalen zustande, wenn letztere sich dafür von den rheinisch-westfälischen Scharfmachern breitschlagen lassen.

Am übelsten ist Herr v. Bethmann Hollweg daran, der das Herrenhaus erst zu diesen die Wahlrechtsfrage komplizierenden Beschlüssen gedrängt hat und es damit glücklich fertig brachte, die Regierung zwischen zwei Stühle zu setzen. Die blaue Mehrheit genügte ihm nicht —, er wollte mindestens noch die Freikonservativen und Nationalliberalen vor seinen Wahlrechtskarren spannen. An deren Stelle hat er nun glücklich das Centrum ausgeschaltet und auch die übrigen Parteien rücken von der Herrenhausvorlage ab, alle froh, von der unangenehmen Geschichte loszukommen.

So ist also der Ausgang der preussischen Wahlreform ungewisser denn je. Nachdem das Herrenhaus die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses abgeändert hat, geht die abgeänderte Vorlage zu erneuter Beratung an das Abgeordnetenhaus zurück. Verzichtet dieses auf Aenderungen, indem es die Vorlage im ganzen annimmt oder ablehnt, so kann das Gesetz im Laufe des Juni erledigt sein. Beides ist jedoch kaum zu erwarten —, vielmehr dürfte das parlamentarische Schachergeschäft von neuem beginnen, neue Abänderungen werden vorgeschlagen, verworfen, angenommen und vom Herrenhaus teils zustimmend, teils ablehnend erledigt, ohne daß sich ein Ende dieses Fangballspiels absehen läßt. Am ehesten ist noch damit zu rechnen, daß die ganze Vorlage zwischen den beiden Häusern verhandelt. Es wäre immerhin noch die beste Lösung für diejenigen, die bei diesem preussischen Ränkespiel nur das Zusehen haben, für das deklassierte preussische Volk!

Die Arbeiterklasse ist einig in der Verwerfung dieses Wahlrechtsentwurfs. Sie fordert eine wirkliche Wahlreform und hat nicht die geringste Reizung, sich mit dieser Wahlrechtsmißgeburt auf Jahre hinaus abspießen zu lassen. Die geheime Wahl, die der Entwurf bringt, ist wirkungslos, wenn sie nicht mit dem gleichen und direkten Wahlrecht verbunden wird. Die Bezirksdrittelnach den Herrenhausbeschlüssen ist weit entfernt davon, das Wahlrecht zu demokratisieren, im Gegenteil würde die Folge davon sein, daß die Arbeiterklasse auch noch der wenigen Vertreter beraubt würde, die sie heute in Landtage besitzt. Tatsächlich handelt es sich also nicht um eine Reform, sondern um eine Deformation des Wahlrechts, um einen Wahlrechtsbetrug, eine Wahlentrechtung im schlimmsten Sinne des Wortes. Ein solches Vorgehen ist aber unvereinbar mit dem Versprechen der königlichen Thronrede, die eine organische Reform des preußischen Wahlrechts verhieß. Dieses Königswort bleibt uneingelöst, solange nicht ein Gesetz zum Beschluß erhoben wird, das eine erhebliche stärkere Vertretung der Arbeiterklasse durch Abgeordnete ihres Vertrauens ermöglicht. An der preußischen Regierung liegt es, dieses Königswort einzulösen — hätte sie den ersten Willen dazu, so würde sie auch den Weg finden, ihn durchzusetzen. Was das preußische Volk über ein nicht gehaltenes Versprechen der Regierung denkt, das könnte die letztere gar leicht zu spät erfahren — bei der Reichstagswahl im Jahre 1911.

Für die Arbeiterschaft aber ergibt sich die Notwendigkeit, die weitere Entwicklung der preußischen Wahlrechtsfrage mit demselben Interesse und mit der gleichen Anteilnahme wie bisher zu verfolgen. Die Wahlrechtsbewegung darf weder erkalten noch verflanden — sie muß an Umfang und Intensität von Tag zu Tag zunehmen, damit den Landtagsparteien, denen ein veraltetes Wahlrecht die Entscheidung über die Geschichte Preußens in die Hände gelegt hat, die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes eben so sehr, als jeder unzulänglichen Wahlrechtsänderung verständlich gemacht wird. Je eher sich die Erkenntnis durchringt, daß der jetzige Entwurf nicht geeignet ist, dem Lande seine Ruhe wiederzugeben, daß es so nicht geht — desto besser für die Zukunft. Dann wird die Bahn frei für eine Wahlrechtsreform, die diesen Namen auch verdient, für ein Wahlrecht auf der Basis der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Daß dieses Wahlrecht kommen wird, daß das Dreiklassenwahlrecht dem Untergang geweiht ist, dafür wird die preußische Wahlrechtsbewegung ihre ganzen Kräfte einsetzen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Folgen der Brausteuererhöhung. — Die Ueberlegenheit des Großbetriebes im Brauereigewerbe. — Kapital und Arbeit. — Die Rentabilität des Großbetriebes.

Die Schultheiß-Brauerei gibt der Presse bekannt, daß sie die Breslauer Brauerei Pfeifferhof angekauft habe. Diese Erweiterung der größten Brauerei Deutschlands ist durch ihre Motivierung besonders interessant. Der Ankauf der Brauerei wird als eine Folge der zweimaligen Brausteuererhöhung dargestellt. Der Absatz der Schultheiß-Brauerei in Schlesien ist durch die erhöhte Belastung infolge der Brausteuer erschwert

worden. Durch Schaffung einer eigenen Produktionsstätte im Centrum Schlesiens werden nun nicht unerhebliche Summen, die für die Fracht von Berlin bis ins schlesische Absatzgebiet bezahlt werden mußten, in Zukunft erspart. Vielleicht wäre die Schaffung einer eigenen Brauerei in Schlesien auch ohne die erhöhte Brausteuer gekommen, aber so viel ist jedenfalls sicher, daß die neue Belastung durch die erhöhte Steuer die Entwicklung beschleunigte, eine Entwicklung, die der Gesetzgeber vermeiden wollte, nämlich die Förderung des Großbetriebes. Das Gegenteil seiner Absicht wird der Gesetzgeber erreichen: die Lebensfähigkeit der mittleren und kleinen Brauereien, die man doch möglichst schonen wollte, wird noch rascher als bisher eingeeengt werden. Denn das Vorgehen der Schultheiß-Brauerei wird nicht vereinzelt bleiben. Schon vorher haben wir im Brauereigewerbe eine Reihe Fusionen erlebt, und schon der Wettbewerb wird die Großbetriebe zwingen, durch höhere Umsätze ihre Rentabilität zu sichern und zu befestigen.

Von der Ueberlegenheit des Großbetriebes im Brauereigewerbe gibt der Status der Schultheiß-Brauerei ein deutliches Bild. Das Absatzgebiet der Brauerei erstreckt sich nicht nur auf die ganze Mark Brandenburg, sondern im Osten bis in die Provinzen Posen und Schlesien, im Norden nach Pommern und Mecklenburg, im Westen nach Hannover, in die Provinz Sachsen und Anhalt sowie im Süden bis weit ins Königreich Sachsen hinein. An 68 Plätzen der bezeichneten Landesteile hat die Brauerei eigene Niederlagen, von denen aus das umliegende Absatzgebiet bearbeitet und versorgt wird. Für dieses Gebiet betrug der Absatz im Jahre 1906/07 1 231 504 Hektoliter, d. h. es wurden 1 137 838 Personen mit dem durchschnittlichen Quantum Bier, das auf einen Kopf der Bevölkerung trifft, versorgt. Rechnerisch würden also 60 Brauereien von der Größe der Schultheiß-Brauerei genügen, um den ganzen Bierverbrauch Deutschlands zu liefern. Anstatt dessen hatten wir 1897 nicht weniger als 10 439 Brauereibetriebe, so daß im Mittel auf eine Betriebsstätte ein jährliches Produktionsquantum von 7000 Hektolitern kommt. Wenn man oft glaubt, die Tendenz zum Großbetrieb lasse nach, so täuscht man sich. Alle gesetzgeberischen Eingriffe zum Schutze der mittleren und kleineren Brauereien spornen die Kräfte der Großbetriebe erst recht zur Erweiterung an. Auch hierfür bietet sich aus der Entwicklung der Schultheiß-Brauerei ein deutlicher Beweis. Im Jahre 1900 betrug die Biergewinnung Deutschlands nach der amtlichen Statistik 70,86 Millionen Hektoliter, im Jahre 1907 dagegen 73,71 Millionen. Die Steigerung beträgt 2,85 Millionen Hektoliter oder rund 4 Proz. Bei der Schultheiß-Brauerei stellt sich dagegen die Entwicklung wie folgt: 1900 betrug der Absatz 849 022 Hektoliter, 1907 aber, wie schon erwähnt, 1 231 504. Die Steigerung macht 382 482 Hektoliter aus oder nicht weniger als 45 Proz. Da die durchschnittliche Jahresleistung einer Brauerei zirka 7000 Hektoliter beträgt, bedeutet das Plus der Schultheiß-Brauerei in 7 Jahren die Leistung von ungefähr 50 Brauereien.

Und diese Leistungen vollbringt die Schultheiß-Brauerei zweifellos mit einem geringeren Kapitalaufwand, als ihn weniger große Unternehmungen beanspruchen. Berücksichtigen wir nur das Aktientkapital. Unter der Annahme, daß 60 Betriebe von der Größe der Schultheiß-Brauerei die Bierversorgung Deutschlands ausführen, so wäre ein Aktientkapital von 60×14 Millionen Mark gleich

auf anderen Gebieten des Arbeitsmarktes. So wirkt diese Gesetzgebung wie ein Fluch für das ganze Erwerbsleben, ganz abgesehen von der Belastung der Konsumenten.

Das Braugewerbe ist in ähnlicher Weise geschädigt worden. Die neue Belastung des Bieres hat auch hier verminderte Arbeitsgelegenheit infolge der eingetretenen Produktionseinschränkung hervorgerufen. Und wenn die Wirkungen hier nicht ganz so schlimm waren wie in der Tabakindustrie, so sind sie dennoch derart, daß sie für die gesetzgebenden Körperschaften eine ernste Warnung bedeuten, nicht weiter auf diesem Wege zu wandeln. Das Braugewerbe hat zwar nach Möglichkeit Arbeiterentlastungen zu vermeiden gesucht, dafür ist aber mit stark verkürzter Arbeitszeit in vielen Orten gearbeitet worden. Es ist im großen und ganzen dem Brauereiarbeiterverband gelungen, gestützt auf die übrige organisierte Arbeiterschaft, entsprechende Vereinbarungen mit den Brauereien zu treffen.

Eine Erhöhung der Bierpreise ist indes nicht zu umgehen gewesen und das bedeutet auf der anderen Seite eine Einschränkung des Konsums respektive der Produktion. Die Rechnung muß letzten Endes immer wieder die Arbeiterschaft bezahlen.

Die Rentabilität einzelner Zweige der Nahrungsmittelindustrie im Krisenjahre 1908 resp. 1908/09 ist aus folgenden Vergleichszahlen ersichtlich.

	Zahl der vergleichbaren Gesellschaften	Dividende in Prozent	
		1907	1908
Brauereien . . . . .	469	6,4	5,9
Mühlen . . . . .	60	5,4	5,3
Zuckerfabriken . . . . .	102	7,2	9,0
Sonstige Nahrungsmittel . . . . .	154	7,1	6,2
Insgesamt . . . . .	785	6,6	6,3

Bis auf die Zuckerrfabriken, die anscheinend ein glänzendes Geschäft gemacht haben, ist für die übrigen drei Gruppen, aus denen Zahlen vorliegen, eine Einbuße festzustellen, die am größten in der Sammelrubrik „Sonstige Nahrungsmittel“ ist (0,9 Prozent), aber auch bei den Brauereien 1/2 Proz. beträgt. Immerhin lassen 5,9 Proz. Dividende in einem Krisenjahre eine gewiß angemessene Verzinsung des Anlagekapitals zu.

Für die Arbeiter der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist das Jahresergebnis wesentlich ungünstiger. In den an das „Reichsarbeitsblatt“ vierteljährlich einmal berichtenden Verbänden wurden auf je 100 Mitglieder im Jahre 1909 folgende Zahl an Arbeitslofenfällen festgestellt:

	Arbeitslofenfälle auf je 100 Mitglieder				Insgesamt	
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1909	1908
Bäcker u. Konditoren	21,0	21,4	18,7	18,3	79,1	88,6
Brauereiarbeiter . .	4,7	4,4	3,8	4,0	16,9	16,9
Zigarrensortierer . .	8,5	4,3	18,2	25,6	55,6	28,5
Mühlenarbeiter . . .	9,0	9,0	7,3	7,6	32,8	38,3

Bei den Brauereien ist die Verhältniszahl der beiden Jahre 1908 und 1909 gleich geblieben, bei den Mühlenarbeitern und Bäckern ist 1909 gegen das Vorjahr eine Verbesserung eingetreten, während für die Zigarrensortierer eine erhebliche Verschlechterung festzustellen ist. Im 1. und 2. Quartal war die Zahl der Arbeitslofenfälle hier relativ niedrig; die Fabriken beschleunigten die Arbeit nach Möglichkeit,

um vor der Einführung der Steuer die Detaillisten mit Ware zu versehen. Im 3. Quartal schnellte die Arbeitslofenzahl auf 18,2 und im 4. Quartal auf 25,6 empor.

Ueber die Organisationsentwicklung liegen uns die Berichte der Mühlenarbeiter, Fleischer, Bäcker und Brauereiarbeiter vor, während für die beiden Verbände der Tabakindustrie die Jahresberichte uns noch nicht zugegangen sind. Auf die Zahlen der beiden ersten Verbände erübrigt es sich, hier näher einzugehen, da wir diese in den entsprechenden Verbandstagsberichten bereits gebracht haben. Wir begnügen uns daher mit der Mitgliederbewegung, die für die Fleischer eine Steigerung von 3037 auf 3258 und für die Mühlenarbeiter eine solche von 4330 auf 4482 ergab.

Die Bäcker konnten das Jahr 1909 mit einem Mitgliederbestande von 20 350 abschließen gegen 18 786 am Schlusse des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt stieg ihre Mitgliederzahl von 18 092 auf 19 586, was einer Zunahme von 1494 gleichkommt. Der Vermögensbestand stieg von 165 753,41 Mk. auf 214 210,12 Mk. Von den Ausgaben entfallen 128 617 Mk. auf verschiedene Unterstützungen (ausschließlich der Ausgaben für Gemahregelte und Streikende). Die Arbeitslofenunterstützung erforderte von der obigen Summe 75 547 Mk., die Reiseunterstützung 7623 Mk., die Krankenunterstützung 40 873 Mk. usw. Für Streiks im eigenen Berufe wurden 4593 Mk. und für solche anderer Organisationen 9406 Mk. verausgabt. Die Ausgaben für Gemahregeltenunterstützung betragen 5625 Mk.

Die Streikbewegung war im vorigen Jahre, wie aus dem betreffenden Ausgabeposten ersichtlich, minimal. Es wurden nur 7 Streiks gezählt, von denen 6 erfolgreich und 1 erfolglos beendet wurden. An Lohnbewegungen wurden insgesamt 53 geführt, wovon 46 ohne Arbeitseinstellungen erledigt wurden. Erreicht wurde insgesamt eine Verkürzung der Arbeitszeit für 1258 Personen um 5798 Stunden pro Woche sowie eine Lohnerhöhung für 5586 Personen um 8334 Mk. wöchentlich. Außerdem wurde für 3491 Personen ein Lohnaufschlag für Ueberstunden und für 2408 Personen die Beseitigung des Kost- oder Kost- und Logiszwanges sowie andere Vorteile erzielt. In 34 Fällen wurden Tarifverträge für 3713 Beteiligte abgeschlossen.

Der Brauereiarbeiterverband steigerte seine Mitgliederzahl von 33 279 auf 33 896 oder um 617. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 33 474, das sind 62 mehr als im Vorjahre. Die gesamten Verbandseinnahmen beliefen sich auf 895 510 Mk., davon 784 614 Mk. Einnahmen der Hauptkasse. Die Ausgaben beziffern sich auf 693 398 Mk., wovon 602 666 Mk. aus der Hauptkasse. Das Gesamtvermögen betrug 904 190 Mk., davon 770 590 Mk. in der Hauptkasse. Von den Ausgaben entfallen auf Arbeitslofenunterstützung 55 349 Mk., Krankenunterstützung 127 555 Mk., Sterbegeld 13 414 Mk., Gemahregeltenunterstützung 7856 Mk., Notunterstützung 5773 Mk., Unterstützung infolge der Brausteuererhöhung 14 365 Mk., Rechtsschutz 8046 Mk., Streiks im Beruf 49 479 Mk. und für Streiks in anderen Berufen 3340 Mk. Dazu verausgabten die Lokalkassen 21 142 Mk. für verschiedene Unterstützungs-zwecke, so daß die Gesamtausgaben für Unterstützungen 307 419 Mk. betragen.

Die Lohnbewegung war eine recht lebhaft. Insgesamt konnten 225 Bewegungen beendet werden, davon 20 nach erfolgter Arbeitseinstellung. Be-

840 Millionen erforderlich. Nun hatten schon die 469 Aktienbrauereien, die im Vorjahr ihre Bilanzen veröffentlichten, zusammen ein Aktientkapital von 576,81 Millionen Mark. Zu diesem Kapital kommt nun noch von zirka 10 000 weiteren Betrieben die entsprechende Rate des verbenden Unternehmungskapitals, so daß das in Anrechnung zu bringende Gesamtkapital weit über eine Milliarde Mark hinausgehen dürfte. Auf der anderen Seite bietet die Schultheiß-Brauerei den Arbeitern reichlichere und besser bezahlte Arbeitsgelegenheit als die mittleren und kleineren Brauereien. Die Schultheiß-Brauerei beschäftigte 1907 rund 2784 Angestellte und Arbeiter. 60 solcher Brauereien hätten einen annähernden Arbeiterbedarf von 167 040 Köpfen. Im gesamten Brauereigewerbe Deutschlands einschließlich der Mälzerei waren 1907 aber nur 120 132 Personen beschäftigt. Es ist aus dieser Differenz nicht ohne weiteres zu schließen, daß das Arbeitsquantum auf ein größeres Kontingent von Arbeitskräften verteilt ist, aber es ist bei der fortgeschrittenen Technik und bei der ökonomischen Organisation des ganzen Unternehmens anzunehmen, daß die Arbeiter bezüglich der Arbeitszeit und der Löhne erheblich günstiger gestellt sind als in mittleren und kleinen Betrieben.

Der finanzielle Effekt aber der Berliner Großbrauerei ist überaus günstig, wenn man erwägt, daß das Unternehmen in dem für die Brauerei ungünstigen Jahre 1908/09 nicht weniger als 14 Proz. Dividende bezahlt hat. Wenn auch bei dem gegenwärtigen Kurswert der Aktionär vielleicht nur 7½ Proz. für seine Anlage erhält, so ändert dies nichts an der überaus hohen Gunst der Rentabilität des Unternehmens. Denn für diese ist zunächst der Nominalbetrag des Aktientkapitals maßgebend. Nebenbei beträgt der Reservefonds nicht weniger als 50 Prozent des Aktientkapitals, so daß der Ankauf der Breslauer Brauerei ohne Inanspruchnahme des Geldmarktes aus eigenen Mitteln erfolgen kann. Das finanzielle Resultat ist um so erstaunlicher, als im Jahre 1908/09 nicht weniger als 3,11 Millionen Mark an Staats-, Kreis- und Gemeindesteuern bezahlt wurden, während die Dividende nur 2,10 Millionen Mark ausmacht. Die neue Steuerbelastung drängt nun, an irgendeiner Stelle Ersparnisse vorzunehmen, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie die bisherigen günstigen Resultate aufrechterhalten werden können. Die Möglichkeiten, den Steuerdruck zu überwinden, sind überaus zahlreich, laufen aber im Effekt immer wieder darauf hinaus, bei einem größeren Absatz mit einem kleineren Nutzen pro Erzeugungseinheit sich zu begnügen. Denn wenn auch die Brauerei Schultheiß nur Frachtersparnisse machen will, indem sie in Breslau eine eigene Produktionsstätte erwirbt, so ist doch die weitere Folge, daß von der eigenen Produktionsstätte aus die Eroberung des Marktes in ganz anderer, viel intensiverer Weise betrieben wird als von einer Niederlage aus. In Schlesien und weit darüber hinaus haben die mittleren und kleineren Brauereien mit einem ebenso sie bedrohenden und zurückdrängenden Wettbewerb zu rechnen wie in der Provinz Brandenburg. Gewiß, der Ausdehnungsdrang der Großbrauereien hätte sich auch ohne die Brausteuererhöhungen mit der Zeit Geltung verschafft, aber er hätte sich nicht so stark und allgemein geregt, wie dies für die nächsten Jahre zu erwarten ist.

Berlin, am 22. Mai 1910.

Rich. Calwer.

## Arbeiterbewegung.

### Gewerkschaftliche Rückblicke.

V.

#### Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Für einen großen Teil der Arbeiterschaft dieser Industriegruppe war das Jahr 1909 außerordentlich drückend. Die „Reichsfinanzreform“ hat insbesondere die Tabakindustrie verwüstet und Tausende über Tausende von Arbeitern um ihre Existenz gebracht. kaum zwei bis drei Jahre waren seit der letzten Beunruhigung dieser Industrie durch neue Steuern vergangen und schon wieder mußte bei der vorjährigen Suche nach vermehrten Reichseinnahmen die Tabakindustrie bluten. Es ist in den damaligen Debatten zur Begründung der schärferen Heranziehung des Tabaks gesagt worden, daß die Zigarren im Auslande viel teurer seien, als in Deutschland. Das mag für manche Länder zutreffen. Aber darauf kommt es bei der Beurteilung dieser Frage gar nicht an. Sondern lediglich darauf, daß bei der bisherigen Preislage in Deutschland eine Tabakindustrie entstanden ist, die hunderttausenden Menschen eine Existenz bot. Bei der Gewerbebeurteilung 1907 wurden in der Tabakindustrie 72 000 Arbeitnehmer männlichen und 104 000 weiblichen Geschlechts gezählt, die die Tabakfabrikation als Hauptberuf ausübten. Die Zahl der Arbeitgeber (im Hauptberuf) betrug 25 642, davon 8487 weibliche. Das sind über 200 000 Personen, die in der Tabakfabrikation ihr Brot fanden. Hinzu kommen all die Existenzen, die auf dem Tabak- und Zigarrenhandel fußen. Die Tabakindustrie ist also eine nicht ganz unwesentliche Gruppe der deutschen Volkswirtschaft. Je mehr aber die Steuerfahraube angezogen wird, je mehr wird auch der Tabakkonsum eingeschränkt werden. Besonders der Zigarrenkonsum, auf den es gerade ankommt, geht zurück. Das muß um so eber eintreten, als die allgemeine Lebenshaltung der breiten Volksmassen gleichzeitig verteuert wird, wodurch diese zu einer Einschränkung aller Ausgaben für Genußmittel gedrängt werden.

Die Interessenten der Tabakindustrie, sowohl von Arbeiter- als Unternehmenseite, haben eindringlich vor dieser Zerstörung einer blühenden Industrie gewarnt. Aber vergeblich. Die Tabaksteuer ist angenommen worden und schon gleich in den ersten Monaten nach dem Inkrafttreten der Steuern hat sich herausgestellt, daß die von den Interessenten vorausgesagten Folgen weitaus schlimmerer Natur sind, als die Optimisten der Reichsgesetzgebung sie wahr haben wollten. Die vom Reichstag im Etat eingestellten 4 Millionen Mark zur Unterstützung der arbeitslos werdenden Arbeiter und Hausgewerbetreibenden der Tabakindustrie haben sich wie ein Tropfen auf einem heißen Stein erwiesen. Viele Tausende und Zehntausende sind infolge der Steuererhöhung arbeitslos geworden; sie haben auch keine Aussicht, wieder Arbeit in der Tabakindustrie zu erlangen. Und im übrigen ist für die in der Industrie verbleibenden die Existenz stark geschmälert worden. Der Lohn wird herabgedrückt, die Arbeitsgelegenheit sinkt ebenfalls und dazu kommt die Verlegung der Industrie aus den Städten in die Landbezirke der Heimindustrie. Die nordwestdeutschen Hafenstädte, die einst eine blühende Tabakindustrie hatten, verschwinden als Produktionszentren immer mehr und es wird nicht lange dauern, daß sie jegliche Bedeutung auf diesem Gebiete verloren haben. Das bedeutet für die Arbeiterschaft in diesen Städten Arbeitslosigkeit und Berufswechsel, neue Konkurrenz

„Ob freilich im Zeitalter des Klassenkampfes es Aufgabe der Gewerkschaftspresse ist, für die fachwissenschaftliche Bildung der Organisationsmitglieder zu sorgen und die für die Kampfeswede dringend nötigen Mittel zu verwenden, ist eine andere Frage, mit der sich die Generalversammlungen unserer Gewerkschaften sehr bald werden eingehend beschäftigen müssen. Waffen für den Kampf werden durch diese Fachbelehrung nicht geschmiedet — und daß der Kampf die einzige Aufgabe der Gewerkschaften ist, davon werden die sich stets mehr ausprägenden Gegensätze der Gewerkschafter bald mehr, als manchem lieb ist, überzeugen.“

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ weist demgegenüber sehr richtig darauf hin, daß es eine „dumme Politik“ wäre, auf den eigenen Vorteil zu verzichten, nur weil die Unternehmer auch einen Nutzen davon haben können. Mit feiner Ironie geißelt das Blatt jene beschränkte Auffassung, als ob die Arbeiter kein Interesse an einer guten Berufsbildung hätten. Wir geben folgende Schlusssätze wieder:

„Wir legen als Angehörige der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter großen Wert auf den Ausbau dieser Organisationen. Aber deshalb hören wir doch nicht auf, Glieder der großen Volksgemeinschaft zu sein. Wir alle sind interessiert an der Blüte und dem Wohlstand unseres Gemeinwesens; und diese Blüte wird um so glänzender sein, je größer die Leistungsfähigkeit des einzelnen in seinem Berufe ist. Und wollen wir den Blick weiter schweifen lassen, denken wir daran, daß wir uns die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt haben, daß wir danach streben, die „Expropriation zu expropriieren“; müssen wir dann nicht auch im Hinblick auf diese letzten Ziele die berufliche Tüchtigkeit der Arbeiter zu steigern suchen?“

Aber warum in die Ferne schweifen? Der große Nutzen, der dem einzelnen Arbeiter daraus erwächst, daß er über eine große fachtechnische Fertigkeit verfügt, liegt so offen zutage, daß es im Grunde lächerlich ist, wenn man das erst noch beweisen muß. Und daß die Gewerkschaften die nächsten dazu sind, dem Bildungsdrang der Arbeiter, soweit er sich auf beruflichem Gebiete äußert, Rechnung zu tragen, ist so selbstverständlich, daß man darüber kein Wort verlieren sollte. Wir wissen wohl, daß das „Fachblatt für Holzarbeiter“ den Unternehmern in der Holzindustrie direkt und indirekt Nutzen bringt. Das hat jedoch keinen Einfluß auf die Entschleunigungen unserer Organisation. Entscheidend ist die Frage, ob das „Fachblatt“ den Holzarbeitern zum Vorteile gereicht. Und weil das der Fall ist, sind dem Verbands die Kosten, die dieses Bildungsmittel verursacht, nicht zu hoch.“

Diese Sätze sagen eigentlich zu dem Thema genug. Indes möchten wir die Belehrung, die Genosse Klische den Gewerkschaften erteilt, daß nämlich die Generalversammlungen sich mit der Frage beschäftigen müssen, ob die Mittel der Gewerkschaften für Fachbildung verwendet werden dürfen, auf ihren wahren Wert zurückführen. Es ist in unseren Gewerkschaften ganz selbstverständlich, daß den Generalversammlungen die Kontrolle und Beschlusfassung über die Verwendung der Verbandsmittel zusteht. Aber ebenso selbstverständlich dürfte es sein, daß kein Verbandstag unserer deutschen Gewerkschaften eine Beeinträchtigung der Kampfesfähigkeit in einer besseren beruflichen und Allgemeinbildung der Gewerkschaftsmitglieder erblicken kann und wird, für große Arbeiterschichten geht schließlich der Weg zur Allgemeinbildung durch die berufliche Bildung. Beide sind für den gewerkschaftlichen Kampf von außerordentlicher Bedeutung, wenn man schon von der kulturellen Bedeutung der Fachbildung absehen will. Zudem können für einzelne Organisationen zwingende Gründe vorhanden sein, gerade dem beruflichen Gebiete größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. So z. B. dort, wo infolge der beruflichen Verhältnisse der Arbeiter eines technischen Fachblattes bedarf. Hier muß er private Blätter für teures Geld abonnieren, falls ihm die

Gewerkschaftspresse nicht eine gewisse Entschädigung bietet. Dieser Umstand kann eventuell eine schwere Schädigung der Gewerkschaftsorganisation bedeuten, die sowohl in der Gewinnung als in der Erhaltung der gewonnenen Mitglieder behindert wird. Daß jene kapitalistischen Bildungsorgane keine gewerkschaftsfreundliche Stellung einnehmen, ist allgemein bekannt. Aber auch ihr Preis macht es dem schlecht entlohnten Arbeiter schwer, neben den Gewerkschafts- usw. Beiträgen auch noch ein teures Fachblatt zu halten. Diese Gründe haben beispielsweise bei den Gärtnern seit jeher ein gewichtiges Wort für die Pflege der Fachbildung in der Gewerkschaft gesprochen. Und ähnlich so wird es auch in anderen Organisationen sein. Der Genosse Klische hätte sich über diese Dinge erst informieren müssen, bevor er durch die „Neue Zeit“ die Gewerkschafter auf den Kampfescharakter der Gewerkschaften aufmerksam zu machen suchte. Im allgemeinen sind auch die Gewerkschafter, die sich die Pflege der Fachbildung angelegen sein lassen, wohl nicht ganz ununterrichtet über den Kampfescharakter ihrer Organisationen!

## Kongresse.

### Zehnter Verbandstag der Mühlenarbeiter.

München, 14. bis 17. Mai 1910.

Der Verbandstag ist von 34 Delegierten besucht. Vom Hauptvorstand sind 2, vom Ausschuß 1 Vertreter anwesend, ferner 4 Gauleiter, 1 Vertreter der schweizerischen Bruderorganisation sowie ein Vertreter des deutschen Bäder- und Konditorenverbandes.

Der Verbandstag soll sich hauptsächlich mit der Frage der Verschmelzung mit einem der größeren Verbände der Nahrungsmittelindustrie beschäftigen. Verhandlungen wurden dieserhalb mit den Vorständen der Verbände der Bäder und Konditoren sowie der Brauereiarbeiter geführt. Der Verbandstag sollte die Entscheidung treffen, mit welchem der beiden Verbände die Mühlenarbeiter sich vereinigen.

Dem gedruckt vorliegenden Bericht des Hauptvorstandes ist zu entnehmen, daß die deutsche Mühlenindustrie sich mit Riesenschritten zum Großbetriebe entwickelt, mit der eine Verminderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter Hand in Hand geht. Die Organisation der Mühlenarbeiter läßt sehr viel zu wünschen übrig. Von 22 000 organisationsfähigen Arbeitern sind nur 4482 organisiert. Die industrielle Krise blieb auch hier nicht ohne Rückschlag auf die Organisation. Von 4888 Mitgliedern Ende 1906 sank die Mitgliederzahl auf 4482 Ende 1909 zurück. Eingetreten sind in den 3 Jahren 5212.

Die Anstellung von Gauleitern hat dem Verbande wesentliche Erfolge nicht gebracht. Die Gaue ohne besoldete Kräfte haben sich besser behauptet als die übrigen. Was also für andere Verbände von Vorteil war, versagte bei den eigenartigen Verhältnissen der Mühlenarbeiter.

Die Verbandseinnahmen betragen in den Jahren 1907 bis 1909 334 214,63 Mk., die Ausgaben 294 616,72 Mk., das Verbandsvermögen 74 668,13 Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Streit- und Maßregelungsunterstützung 23 376 Mk., auf Arbeitslohnunterstützung 25 579 Mk., auf Reiseunterstützung 4662 Mk., auf Krankenunterstützung 54 116 Mk., auf Sterbegeld 15 012 Mk., auf Rechtsschutz 2929 Mk., auf das Verbands-

teiligt waren insgesamt 14 618 Personen in 194 Orten und 389 Betrieben. Die im Berichtsjahre beendeten Streiks erstreckten sich auf 19 Orte, 33 Betriebe und 1012 Personen. Von den Bewegungen endeten insgesamt 170 erfolgreich, 53 teilweise erfolgreich und 2 erfolglos. Beteiligt waren 4887 Brauer, Mälzer, Böttcher und Brenner, 3103 Hilfsarbeiter, 2981 Fahrpersonal, 2036 Maschinisten, Heizer und Handwerker sowie 1611 Flaschenkellerarbeiter usw. Die erzielte Arbeitszeitverkürzung betrug für 9596 Arbeiter durchschnittlich 3,2 Stunden pro Woche, die erzielte Lohnerhöhung für 12 611 Personen durchschnittlich 2,32 Mk. wöchentlich. Die Lohnerhöhungen schwanken zwischen 50 Pfennig und 8 Mk. wöchentlich, die Verkürzung der Arbeitszeit zwischen 1½ und mehr als 12 Stunden pro Woche. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge belief sich auf 187, wovon 73 erstmalige Abschlüsse und 114 Tarifierneuerungen sind. Von den Verträgen waren 161 Firmentarife, 22 Ortsstarife und 4 Bezirkstarife, die insgesamt für 13 495 Personen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln.

Organisatorisch ist eine Veränderung innerhalb dieser Industriebranche im vorigen Jahre nicht zu verzeichnen. Verhandlungen wurden indes zwischen dem Mühlenarbeiterverbände und dem Brauerarbeiter- resp. Bäckerverbände geführt, die den Anschluß der Mühlenarbeiter an einen der genannten Verbände anbahnen sollten. Die Mühlenarbeiter fanden in beiden Verbänden bereitwilliges Entgegenkommen und auf ihrem soeben abgehaltenen Verbandstage haben sie sich für den Anschluß an die Brauer entschieden.

#### Gärtnerei.

Für die Organisation der Gärtnerei war das vorige Jahr ein recht ungünstiges. Neben den Wirkungen der allgemeinen Krise trat als erschwerender Faktor der selten lange Winter hinzu, der die Landschaftsgärtnerei vollends zur Untätigkeit zwang. Die Depression im Baugewerbe blieb naturgemäß auch nicht ohne Einfluß auf die Beschäftigung in der Landschaftsgärtnerei, was zu einem Teile wiederum auf den Geschäftsgang in den übrigen Zweigen der gewerblichen Gärtnerei zurückwirken muß. Die Arbeitslosigkeit der Gärtnerei war daher auch sehr groß. Es wurden 3469 Arbeitslosenfälle mit 46 912 Arbeitslosentagen oder pro Fall 12 Tage festgestellt. Diese Ziffer erschöpft indes nur zum Teil die vorhandene Arbeitslosigkeit. Denn allein in 9 Städten, wo die Organisation eigene Arbeitsnachweise unterhält, meldeten sich bei diesen 4246 Arbeitsuchende. Das sind allein mehr, als die vierteljährlichen Zählungen im ganzen Verbandsgebiete ergaben. Die Aufwendungen der Organisation für Unterstützungen sind dementsprechend gegen die früheren Jahre zum Teil erheblich gestiegen. Für die verschiedenen Unterstützungszweige (ausschließlich Lohnbewegungen und Streiks) wurden im Jahre 1907 zusammen 9637 Mk., 1908 13 464 Mk., im vorigen Jahre aber 18 282 Mk. verausgabt.

Die ungünstigen Verhältnisse mußten selbstverständlich auch auf die Organisationsarbeit lähmend einwirken. Immerhin ist es gelungen, den alten Mitgliederbestand zu erhalten. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 4817 gegen 4800 im Jahre vorher. Die Verbandseinnahmen beliefen sich auf 96 782 Mk., die Ausgaben auf 90 460 Mk. Der Vermögensbestand der Gesamtorganisation stieg um 6321 Mk. auf 33 523 Mk. Von diesem Bestand entfallen 17 736 Mk. auf die Hauptkasse und 15 787 Mk. auf die Lokalkassen.

Von den Ausgaben entfallen auf die Arbeitslosenunterstützung 13 729 Mk., Verbandsorganen 12 941 Mk., Agitation 6270 Mk., Lohnbewegungen und Streiks 1340 Mk. usw. Die letztere Ausgabe ist verhältnismäßig gering; der wirtschaftlichen Situation entsprechend wurde die größte Vorsicht auf diesem Gebiete geübt. Immerhin konnten durch einige Bewegungen, die größtenteils ohne ArbeitsEinstellung verliefen, Vorteile für die Mitglieder herausgeschlagen werden.

#### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der langjährige Redakteur des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, Ludwig Rezhäuser in Leipzig, hat dem Verbandsvorstand sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das er mit persönlichen und gesundheitlichen Gründen motiviert. Der Rücktritt soll zum 1. Oktober d. J. erfolgen. Eine am 23. Mai in Berlin stattgefundene Gauleiterkonferenz des Verbandes der Buchdrucker nahm von diesem Rücktritt unter allgemeinem Bedauern Kenntnis und traf die nötigen Vorkehrungen zur Wahl eines neuen Redakteurs. — Im weiteren befaßte die genannte Konferenz sich mit organisatorischen und tariflichen Fragen, insbesondere mit der im Jahre 1911 stattfindenden Tarifrevision und den notwendigen Forderungen der Gehilfenschaft angesichts der Wirkungen der Finanz- und Steuerpolitik des Reiches. Volle Einigkeit herrschte über die Aufrechterhaltung und die weitere Förderung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe.

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins schreibt einen Extrabeitrag von 1 Mk. pro Mitglied zur Stärkung der Verbandskasse für kommende Kämpfe aus. Der Beitrag kann sowohl auf einmal wie als wöchentlichem Zuschlag zu dem regulären Beitrage auf die Dauer von 4 Wochen geleistet werden.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Holzarbeiterverbände im Monat April haben 780 Zahlstellen mit 150 367 Mitgliedern berichtet. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 11 167; davon waren 3518 am letzten Tage des Monats arbeitslos. An Arbeitslosenunterstützung wurden 59 725,39 Mk. für 32 928 Tage an 3343 Mitglieder ausgezahlt. Reiseunterstützung bezogen 5239 Mitglieder für 8750 Tage 8017,23 Mk. — Die Prozentziffer der Arbeitslosen ist 2,34 gegen 2,32 im Vormonat und 3,62 im April 1909. 45 Zahlstellen hatten keine Berichte eingefandt.

Der Verband der Kürschner hat an den Bundesrat eine Petition eingereicht, die sich gegen den von der Generalversammlung der Unternehmer beschlossenen Antrag, dem Kürschnergewerbe 60 Ausnahmetage im Jahre zur Längerbeschäftigung der Arbeiterinnen zu gewähren, wendet. Der Vorstand des Kürschnerverbandes hält die gesetzlich zulässigen 40 Ausnahmetage für vollauf genügend, er ersucht daher den Bundesrat, dem Antrage der Unternehmer die Genehmigung zu versagen.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ wendet sich gegen einen Artikel von Josef Kliche in der „Neuen Zeit“, der sich mit der „Fachtechnik in der Gewerkschaftspresse“ beschäftigt, ohne indes viel Verständnis für dieses wichtige Gebiet mitzubringen. Er kommt zu dem überraschenden Schluß, daß unsere Verbandstage sich mit der angeblichen Fachsimpelei ernsthaft beschäftigen müssen. Er sagt:

organ 20 394 Mk., auf Agitation 8317 Mk., Gauenverwaltungen 28 147 Mk., auf Verwaltung 24 079 Mark, auf Unterrichtskurse 641 Mk. und auf Beiträge zur Generalkommission 670 Mk.

Die Zahl der Lohnbewegungen war trotz der ungünstigen Lage recht groß und es wurden auch gute Erfolge erreicht. Es wurden für 604 Kollegen 2457 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 2798 Kollegen Lohnerhöhungen von 4926 Mark pro Woche erzielt. Tarife wurden in 15 Fällen für 414 Kollegen abgeschlossen.

Der Vorsitzende ergänzte den Bericht mündlich durch Hinweis auf die bevorstehende Verschmelzung des Verbandes und berührte das Verhältnis zu den Gewerkschaften, das durch eine Reihe von Vereinbarungen zwischen der Generalkommission und dem Vorstand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine hoffentlich gebessert werde. Einige spezielle Wünsche der Mühlenarbeiter sollen durch Delegation auf dem diesjährigen Münchener Genossenschaftstage zur Sprache gebracht werden.

Es wurde sodann der Bericht des Ausschusses entgegengenommen. In der Diskussion wurde von zahlreichen Rednern bestritten, daß das System der besoldeten Gauleiter für den Mühlenarbeiterverband sich untunlich erwiesen habe. Gewiß seien die Betriebsverhältnisse anders gelagert als in den übrigen Berufen, in denen sich das Gauleitersystem gut bewährt habe. Aber es komme auch sehr viel auf die richtige Auswahl der Gauleiter und auf die notwendige Fühlung zwischen diesen und dem Hauptvorstande an. In dieser Beziehung seien Fehler gemacht worden. Besonders liegen gegen 2 Gauleiter Beschwerden wegen ihres persönlichen Verhaltens vor, die durch eine Kommission untersucht worden sind. Die Kommission erkennt die Berechtigung dieser Beschwerden an und beantragte die Entlassung der beiden Gauleiter. Der Verbandstag stimmte diesem Antrage zu. Dem Vorstand wurde Decharge erteilt.

Zur Verschmelzungsfrage referiert der Verbandsvorsitzende Käppler, der diese Frage in ihrer historischen Entwicklung behandelt und sodann die näheren Verhandlungen mit den Vorständen der Verbände der Bäcker und Konditoren bezw. der Brauereiarbeiter darlegt. Einer bestimmten Parole, sich für die eine oder andere Organisation zu entscheiden, enthält sich der Redner namens des Vorstandes, überläßt es vielmehr dem Verbandstage, sich zu entscheiden. Sowohl der Bäckerverband als auch der Verband der Brauereiarbeiter haben sich für einen Zusammenschluß mit den Mühlenarbeitern bereit erklärt. Eine Gauleiterkonferenz der Bäcker hat der Verschmelzung mit den Brauereiarbeitern den Vorzug gegeben. In der Debatte wird die Frage scharf umstritten. Ein größerer Teil der Delegierten neigte zur Verschmelzung mit dem Bäckerverband, während die Vertreter des Vorstandes, Ausschusses und die Gauleiter sowie Vertreter der mittel- und östlichen sowie norddeutschen Delegierten aus einer Reihe strategischer Gründe für die Vereinigung mit dem Brauereiarbeiterverband eintraten. Die Abstimmung war eine namentliche. Zunächst wurde die Verschmelzung mit dem Bäckerverband von 23 Delegierten mit 2691 Stimmen gegen 11 Delegierte mit 1210 Stimmen abgelehnt. Sodann stimmten 31 Delegierte mit 3509 Stimmen gegen 3 Delegierte mit 392 Stimmen für den Zusammenschluß mit dem Brauereiarbeiterverband. Der Verbandstag der letzteren findet im Juni statt. Zugleich mit diesem wird der Verbandstag der Mühlen-

arbeiter von neuem zusammenberufen, um alle Verschmelzungsfragen im einzelnen zu regeln.

Die Diäten werden auf 10 Mk., die Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst auf 5 Mk. festgesetzt. Zum Delegierten für den Internationalen Arbeiterkongreß zu Kopenhagen wurde Käppler gewählt. Zum deutschen Genossenschaftstag in München wurde Hapfe-Altenburg delegiert.

Nach einem Vortrage von Umbreit-Berlin über den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung wurde eine Resolution angenommen, die sich dem Protest des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses zu Berlin anschließt und insbesondere für den Fall der Beitragshalbierung in den Krankenkassen beschließt, die Beiträge im Verband um denjenigen Betrag zu erhöhen, den die verächteten Arbeiter ersparen würden.

Nach Beratung der durch den Verschmelzungsbeschluss nicht erledigten Anträge beschloß der Verbandstag eine Sympathieerklärung für die ausgesperrten Arbeiter des Baugewerbes, die den Vorstand ermächtigt, den ausgesperrten im Bedarfsfalle Mittel aus der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen. Zu besoldeten Vorstandsmitgliedern werden Käppler und Hapfe-Altenburg gewählt. Der Ausschuss bleibt in Leipzig. Nach einem geschichtlichen Rückblick, den der Vorsitzende Kemmele auf die Entwicklung des Mühlenarbeiterverbandes warf, wurde der Verbandstag bis zum Juni vertagt, wo er gleichzeitig mit dem des Brauereiarbeiterverbandes in Berlin weitergeführt wird.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Streiks und Aussperrungen.

Die Situation im Baugewerbe ist im wesentlichen unverändert. Die „Baugewerkszeitung“ behauptet zwar, die Situation habe sich zugunsten der Unternehmer verschoben, denen die bürgerliche Presse jetzt die größte Sympathie entgegenbringe. Dieser Bluff ist denn doch zu albern. Alltäglich versendet der Unternehmerverband an 150 Tageszeitungen Deutschlands seine Waschzettel, die zwar vielfach abgedruckt werden, aber doch nicht als redaktionelle Äußerungen gelten können. Vielmehr sind es nur die Scharfmacherblätter, die ihren Sympathien für die aussperrenden Bauunternehmer Ausdruck geben; in der unabhängigen bürgerlichen Presse findet man sonst gerade nicht Sympathie für den Gewaltstreik der Bauunternehmer. Noch weniger aber hat der Wunsch nach einer großindustriellen Sympathieaussperrung, den ein an der Wasserfront erscheinendes Bauunternehmerorgan aussprach, die Zustimmung der bürgerlichen Presse gefunden. Vielmehr ist jener Vorschlag größtenteils ignoriert worden.

Inzwischen sind auf Betreiben des Reichsamts des Innern am Donnerstag, den 26. d. M. Einigungsverhandlungen unter Leitung von drei Unparteiischen aufgenommen worden.

## Mitteilungen.

### An die Verbandsdeputationen.

In Rücksicht darauf, daß Nr. 21 des „Corr.-Bl.“ wegen der Statistischen Beilage Nr. 3 nur achtfach erscheinen konnte, wird Nr. 22 in einem Umfange von 24 Seiten herausgegeben werden.

Die Generalkommission.